Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 78 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 3,75 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,34, vierteljährlich Mk. 4,03 außer Postgeld.

Morgen-Ausgabe — Mittwoch, 12. Februar

Anzeigenpreis: Beilage: Inseraten je Zeile 15 Pfg., auswärtige je Zeile 25 Pfg. — Reklamezeile 1 Mk. Rabatt nach Tarif, jedoch nur bei vorheriger Kasse.

Geschäftsstelle Halle-Saale, Leipziger Straße 61/62. Fernruf tagsüber 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 669 und 5610 — Postscheckkonto Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Fritz Ebert, des Reiches erster Präsident

Weimar, 11. Februar.

Die Nationalversammlung wählte heute mit 277 von 379 abgegebenen Stimmen bei 51 Stimmenthaltungen Fritz Ebert zum provisorischen Reichspräsidenten. Auf den Grafen Posadowsky fielen 49 Stimmen. Scheidemann und Erzberger erhielten je eine Stimme. Ebert erklärte, er nehme die Wahl an.

•

Der Zufall fügte es, daß die namentliche Abstimmung über die Wahl des vorläufigen Reichspräsidenten mit dem Buchstaben E beginnen mußte. Das wurde als Vorbedeutung aufgefaßt und erregte Heiterkeit. Und wirklich ging ja dann auch der Volksbeauftragte Ebert aus der Parlamentswahl mit 277 Stimmen hervor, während der im Volke allseitig hochgeachtete Abgeordnete Graf Posadowsky 49 Stimmen auf sich vereinigte. Präsident Dr. David pries den Gewählten als Retter in der Schicksalsstunde des deutschen Volkes, der es verhindert habe, daß die russische Revolution den Weg der russischen genommen habe. Es ist nach Berlin, Bremen, Kiel, Hamburg und anderen Orten bereits schon ein Lob, das nicht von jedermann geteilt werden wird.

Weit versöhnlicher und maßvoller wirkte dagegen diesmal Ebert, nunmehr in seiner Eigenschaft als vorläufiger Reichspräsident, der sich bemühte, um Vertrauen auf seine gewählte Amtsführung zu werben. In sein auf Volk und Vaterland ausgebrachtes Hoch stimmten Haus und Tribünen ein. Wir finden sich zum ersten Male seit langem alle wieder einig. Leider sind nur das kleine Häuflein der Unabhängigen, das nur während des Präsidenten Dr. Davids Rede durch den Mund einer weiblichen Mitglieder in hysterische Rufe ausbrach, wie sie Genosse Herr Ledebour im Reichstage beliebte.

Das Ergebnis der Wahl muß, wenn es auch als Folge der Revolution kaum anders zu erwarten war, erneut schmerzliche Gefühle in einem großen Teile des deutschen Volkes wachrufen. An der Stelle, wo einst das alte deutsche Königtum machtvoll sich aufwen, segensbringend nach innen wirkend stand, steht nunmehr einer jener Männer, die Deutschland zur Revolution mit ihren verderblichen Folgen führten. Eine fünfhundertjährige Geschichte, die aus märkischem Sande erwachsen bis zum deutschen Kaiserreich führte, ist nun auch rein formell jäh zerrissen. Mit schwerem Gefühl und bangen Herzen treten die Besten des deutschen Volkes auf die Bahn der neuen Entwicklung. Wohin wird sie führen? —

*

Deutsche Nationalversammlung

Die Wahl des Reichspräsidenten

Weimar, 11. Februar.

Präsident Dr. David eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 20 Min. Zunächst wird eine große Anzahl weiterer Adressen und Eingabengen verlesen, darunter mehrere aus Deutschland, die den Anschluß an Deutschland verlangen. Darauf nimmt das Haus die Wahl des Reichspräsidenten vor, die durch Stimmzettel vollzogen wird. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben E. Der Zufall will es, daß das Mitglied Volksbeauftragter Ebert als erster der Aufgerufenen seinen Stimmzettel dem Schriftführer übergibt, der ihn in die Urne legt.

Von 379 abgegebenen Stimmen entfallen 277 auf Fritz Ebert, der damit zum provisorischen Reichspräsidenten gewählt ist. Graf Posadowsky erhält 49 Stimmen, Scheidemann und Erzberger je eine Stimme. Außerdem liegen 51 Stimmenthaltungen vor.

Volksbeauftragter Ebert erklärt, er nehme die Wahl an.

Präsident Dr. David: Somit hat das Reich zum ersten Male ein Oberhaupt, das nach der Art seiner Berufung berechtigt ist, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen und zu handeln. (Beifall.) Verschwunden ist der Vormund aus ehrbarem Recht. An seiner Stelle steht der selbstgewählte Führer. Daß der neue Reichspräsident das Steuer des Staates zu führen versteht, hat er in den Monaten des stärksten innen- und außenpolitischen Sturmes bewiesen. Daß die deutsche Revolution nicht dem Beispiel der russischen gefolgt ist, daß sie nicht, wie dort, in ein grenzenloses Chaos, zur völligen Auflösung von Recht und Ordnung führt hat, daß sie nicht zur Zerrüttung alles politischen und wirtschaftlichen Lebens geführt hat, das ist zum größten Teil das Verdienst des Mannes, den Sie heute an die Spitze des Reiches berufen, und so darf das deutsche Volk das Vertrauen haben, daß er bewährten politischen Klarheit, Tatkraft und Willensfestigkeit gelingt, auch weiterhin die junge Freiheit zu schützen vor allen Gefahren, die kommen von rechts oder links. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit; Unruhe bei den Unabh. S.) So möge die Botschaft hinausdringen in die deutschen Lande. Ein gewählter Führer ist an die Spitze des Reiches getreten, ein Mann, durchdrungen von der Liebe zum deutschen Volke, ein Mann mit tiefem Verständnisse für seine Nöte und Sorgen, für seine Wünsche und Hoffnungen, ein Mann, erfüllt von starkem Willen, seiner Mission gerecht zu werden, die Freiheit zu hüten und den Frieden zu schaffen im Innern wie nach außen. (Starker Beifall und Händeklatschen im Saal und auf den Tribünen.)

Reichspräsident Ebert:

Zunächst danke ich für die freundlichen Worte des Herrn Präsidenten. Ihr Vertrauen ist meine größte Ehre. Den Ruf, den Sie soeben an mich richteten, ist ein Ruf der Pflicht. Ich halte ihn in diesem Bewußtsein heute mehr denn jemals, daß jeder Deutsche auf dem Platz auf den er gestellt wird, seine Schuldigkeit zu tun hat. (Bravo!) Mit allen meinen Kräften und mit aller Hingabe werde ich mich bemühen, mein Amt gerecht und unparteiisch zu führen. (Zwischenrufe bei den Unabhängigen Sozialisten.) Niemand zu Leide und niemand zu Liebe. (Beifall.) Ich gelobe, daß ich die Verfassung der Deutschen Republik getreulich beachten und schützen werde. (Lebhafter Beifall.) Ich will und werde als Beauftragter des ganzen deutschen Volkes handeln, nicht als Vordermann einer einzigen Partei. (Lebhafter Beifall.) Ich bekenne aber auch, daß ich ein Sohn des Arbeiterstandes bin (Beifall), aufgewachsen in der Gedankenwelt des Sozialismus, und ich werde weder meine Herkunft noch meine Ueberzeugung jemals verleugnen. (Lebhafter Beifall links.) Indem Sie mir das höchste Amt des deutschen Freistaates anvertrauen, haben Sie, ich weiß es, keine einseitige Parteiherrschaft aufrichten wollen. Sie haben aber den ungeheuren Wandel anerkannt, der sich in unserem Staatswesen vollzogen hat und zugleich auch die gewaltige Begeisterung der Arbeiterklassen für die Aufgabe der Zukunft Deutschlands anerkannt. Die ganze wirtschaftliche Entwicklung läßt sich darstellen als eine fortwährende Minderung und Abtragung der Vorrechte der Geburt. Jetzt aber hat das deutsche Volk das Vorrecht (Beifall), und auch auf sozialem Gebiet vollzieht sich diese Wandlung. Auch hier werden wir bestrebt sein müssen, allem im Rahmen des Menschenmöglichen den gleichen Ausgangspunkt zu geben, das gleiche Gepäck aufzulegen. Mögen wir um die Formen ringen, in denen sich dieses Recht durchführen läßt — das Streben nach dieser höchsten menschlichen Gerechtigkeit wird uns allen eine sein. Freiheit und Recht sind zweifellos Schwestern. Die Freiheit kann sich nur in staatlicher Ordnung gestalten. (Sehr richtig! rechts.) Sie wieder herzustellen, wo sie angetastet ist, das ist das erste Gebot derer, die die Freiheit lieben. (Lebhaftes Bravo!) Gewaltherrschaft, von wem sie auch komme, werden wir bekämpfen bis zum äußersten. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Denn

Gewaltprinzip zwischen den Völkern

haben wir abgesagt. Auch dort wollen wir, daß das Recht und die Freiheit zur Geltung kommen. Niemand soll in den Verband der Republik gezwungen werden, aber es soll auch niemand mit Gewalt von ihr getrennt werden, wen es zu ihr zieht und drängt. (Lebhaftes Bravo!) Nur auf das freie Selbstbestimmungsrecht wollen wir unseren Staat gründen nach innen und außen. Wir können aber um des Rechts willen nicht dulden, daß man unsere Brüder der Freiheit der Wahl beraubt. (Lebhafter Beifall und Zustimmung.) Die Freiheit aller Deutschen zu schützen mit dem äußersten Angebot von Kraft und Hingabe, dessen ich fähig bin, das ist der Schwur, den ich in dieser Stunde in die Hände der Nationalversammlung lege. (Lebhaftes Bravo.) Den Frieden zu erringen, der Nation das Selbstbestimmungsrecht zu sichern, die Verfassung auszubauen und zu behüten, die allen deutschen Männern und Frauen die politische Gleichberechtigung unbedingt verbürgt, dem deutschen Volk Arbeit und Brot zu schaffen, sein ganzes Wirtschaftsleben so zu gestalten, daß die Freiheit nicht Bettelfreiheit, sondern Kulturfreiheit werde, das sei das Ziel, dem wir zustreben. (Lebhafter Beifall.) Ich weiß, daß die Kraft jedes einzelnen, wo immer er auch stehe, gering ist, wenn sie sich nicht mit allen lebendigen Kräften des Volkes verbindet. Ein so hartes Geschick unser Volk auch betroffen hat, an seinen Kräften zweifeln wir nicht. Unser Volk hat sich in großen Bewegungen Licht und Luft geschaffen, unser Volk wird sich auch durchsetzen, draußen in der Welt und zu Hause. Die Tüchtigkeit der Männer der Volkswahl, das Ringen ihres Strebens und die Reinheit ihres Wollens müssen den Beweis erbringen für die Richtigkeit des großen Grundsatzes der Selbstregierung. Alle diese Forderungen stellen an mich harte Aufgaben und Pflichten. Mein Bestes will ich dafür einsetzen, jedem zu genügen, gemeinsam aber wollen wir unermüdlich arbeiten für das Glück und Wohlergehen des freien deutschen Volkes und so, meine Damen und Herren, lassen Sie uns rufen: „Das deutsche Vaterland und das deutsche Volk, sie leben hoch!"

Das Haus mit Ausnahme der Unabhängigen, hat sich erhoben und stimmt dreimal in den Hochruf ein. (Händeklatschen im Haus und auf den Tribünen.)

Nächste Sitzung Donnerstag 3 Uhr: Entgegennahme einer Erklärung der neuen Reichsregierung.

Schluß nach 4½ Uhr.

Die neue Regierung

Weimar, 11. Februar.

Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, fand heute abend im Schloß eine Besprechung mit Ebert über die Frage der Kabinettsbildung statt. Es wurden angenommen:

Scheidemann (Soz.), Ministerpräsident.
Preuß (Demokrat), Vizepräsident.
Noske (Soz.), Landesverteidigungsamt.
Bauer (Soz.), Reichsarbeitsamt.
Herold (Ztr.), Reichsernährungsamt.
Fischer (Demokrat), Reichsschatzamt.
Schiffer (Demokrat), Reichsfürsorgeamt.
Wissel (Soz.), Reichswirtschaftsamt.
Landsberg (Soz.), Justiz.
Graf Brockdorff-Rantzau, Auswärtiges Amt.
Dr. David (Soz.), Hué (Soz.), Erzberger (Z.), Minister ohne Portefeuille.

Die Welfen rühren sich

Braunschweig, 11. Februar.

In der heutigen Sitzung der Landesversammlung wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen ein Antrag angenommen, der von der Landesregierung fordert, die Bildung eines nordwestdeutschen Freistaates nicht mehr zu fördern, vielmehr in Verbindung mit einem Ausschuß des Landtages die Bildung eines Freistaates Niedersachsen anzubahnen, der mindestens ganz Hannover umfassen soll. Reichsgesetzliche Bestimmungen sollen dabei beachtet werden.

Der Wirtschaftskrieg der Entente

Berlin, 11. Februar.

Die deutsche Waffenstillstandskommission hat die Reise nach Trier vorläufig verschieben müssen, weil die Ententevertreter mitgeteilt haben, daß man den Beginn der Verhandlungen noch nicht festsehen könne. Die deutsche Kommission würde vorher verständigt werden.

Die Veröffentlichung der Waffenstillstandskommission über das am 8. Februar in Spaa unterzeichnete Lebensmittelabkommen hatte hervorgehoben: Die Erfüllung des ganzen Abkommens ist von den Vertretern der alliierten Regierungen ausdrücklich abhängig gemacht worden von der Annahme und von der Ausführung der Bedingungen, die sie uns betreffs der Abgabe der Handelsflotte auferlegt haben und noch auferlegen wollen. Daraus ergibt sich, daß selbst bei Annahme der Bedingungen eine Sicherheit für den regelmäßigen Eingang der von uns verlangten Lebensmittellieferungen nicht besteht. Inzwischen ist der Bericht über die Verhandlungen der ebenfalls in Spaa tagenden Unterkommission für die Erledigung des Schiffahrtsabkommens eingelaufen. Aus ihm ergibt sich, daß die Entente ihre Bedingungen weiter verschärft, so daß sich bis jetzt keine Einigung hat erzielen lassen. Die mündlichen Verhandlungen sind zunächst abgebrochen worden. Unter diesen Umständen bleiben die Aussichten für unsere Lebensmittelversorgung, wie gestern bereits festgestellt, nach wie vor höchst unsicher.

•

Paris, 10. Februar.

Tardieu machte den Journalisten folgende Eröffnung über die Rohmaterialienfrage: Es besteht die Absicht, die Blockadefrage so zu lösen, daß den Neutralen möglichst Importfreiheit für die Einfuhr von Rohmaterialien gegeben wird. Die Neutralen müssen absolute Garantie geben, daß nichts von den Waren nach Deutschland kommt. Frankreich ist vollkommen entschlossen, keine Rohmaterialien nach Deutschland kommen zu lassen. Da ein Drittel der französischen Industrie zerstört ist, würde man Deutschland in die Lage setzen, im Frieden die französische Industrie zum zweiten Male zu zerstören. In der Frage der Nahrungsmittel wolle man dagegen sehr generös mit den feindlichen Ländern sein.

Der Oberste Kriegsrat trat am Nachmittag zusammen und beschäftigte sich zunächst mit den Bedingungen für die Erneuerung des Waffenstillstandes. Klotz machte darauf Mitteilung von einem im Jahre 1916 vom Großen Deutschen Generalstab veröffentlichten Werk, das angeblich beweise, daß die in den industriellen Werken Frankreichs angerichteten Verwüstungen systematisch und mit Vorbedacht ausgeführt worden seien. Er wies auf die für Deutschland vorteilhafte Rückwirkung hin, die die Vernichtung gewisser französischer Industriezweige haben würde. — Die am Montag vormittag unter dem Vorsitze von Klotz zusammengetretene Kommission für Wiedergutmachung ernannte die verschiedenen Mitglieder für die Untersuchungskommissionen und begann die Erörterung der Grundsätze, auf denen das Recht auf Wiedergutmachung beruht, sowie die Prüfung der von den verschiedenen Delegationen vorgelegten Denkschriften.

Meurier meldet aus Paris, daß die im „Communiqué" vom Sonnabend veröffentlichten Entschließungen ohne Diskussion angenommen worden seien. Alle seien sich darüber einig, daß die Entmilitarisierung Europas eines der wichtigsten Ziele der Friedenskonferenz sei, und daß, unter jedem Gesichtspunkte betrachtet, dieser Prozeß in Deutschland seinen Anfang nehmen müsse. Je eher die Verminderung der Militärmacht Deutschlands bis zu jenem Punkte, wo es auf dem Friedensstand bestehen bleibt, wird durchgeführt werden, um so besser sei es.

Rotterdam, 10. Februar.

Die Pariser Presse rät der französischen Regierung, bei der neuen Verlängerung des Waffenstillstandes Deutschland energisch das Messer auf die Brust zu setzen, die Fabriken zu besetzen und Deutschland zur sofortigen vollständigen Demobilmachung zu zwingen. In der Zeit der beschränkten Pressefreiheit, wie sie in Frankreich jetzt noch immer fortdauert, weiß man, was solcher Rat der Presse an die Regierung bedeutet. Die Regierung hat den Plan und läßt sich von der Presse den Rat geben, ihn auszuführen. Nach dem Auslande geht dieser Rat als selbständige Aeußerung der öffentlichen Meinung, und man erwartet dann vom Publikum, daß es darüber erstaunt sei, wie genau die Regierung in Richtung der öffentlichen Meinung arbeitet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191902121-19/fragment/page=0001

Finanzwirtschaft der „Räte"

Sanitätsdame, Kellner und — Demokratische Partei.

In einem Flugblatt für die Gemeindewahlen in Groß-Berlin finden wir die folgenden Mitteilungen:

„Jetzt erhalten die Groß-Berliner Gemeinden einen Haushalts-Voranschlag des Bollzugsrates, aus dem folgende Einzelheiten die Oeffentlichkeit interessieren werden:

Jedes der 24 Mitglieder des Vollzugsrates erhält täglich (auch Sonntags!) 40 Mk., also im Jahre 14 600 Mk., d. h. jeder einzelne das Gehalt eines Regierungspräsidenten! Neben einer großen Zahl von Sekretären, Angestellten und Stenotypistinnen fungiert dann mit täglich 15 Mk. eine „Sanitätsdame"! Die Aufgabe des Vollzugsrats soll sich auf die Kontrolle der Gemeindeverwaltungen beschränken. Ist dies Geschäft so gesundheitsschädigend, daß für die 24 Mitglieder des Vollzugsrats ständig eine besondere Sanitätsdame tätig sein muß? Das Erstaunen hierüber wird noch erhöht, wenn man unter dem weiteren Personal des Vollzugsrats zwei „Kellner" aufgeführt findet, für die täglich der Satz von je 19 Mk. eingesetzt ist. Bisher war es bei den hohen Verwaltungsbehörden nicht üblich, daß zu ihrem angestellten Personal auch Kellner gehörten.

Die gesamte Rechnung schließt ab mit dem Betrage von 12 000 Mk. pro Woche, macht 624 000 Mk. pro Jahr! Diese Summe sollen jetzt die Groß-Berliner Gemeinden zahlen! Und das für eine Behörde, die nichts selbst zu verwalten hat, sondern zu den bisherigen Verwaltungsbehörden als Kontrollinstanz neu hinzutritt!

Das nennt sich Sparsamkeit mit öffentlichen Mitteln und Vereinfachung der Verwaltung!

Wie lange soll diese Mißwirtschaft noch dauern?

Der flüchtige unabhängige Polizeipräsident Eichhorn, den die Berliner Kommunisten als ihre Zierde in die Deutsche Nationalversammlung gewählt haben, stand mit seinen Gesinnungsfreunden Dr. Lewins und Dr. Meyer in russischem Solde. Sie erhielten monatlich je 1000 Mk. als Nebeneinnahmen, Frau Eichhorn außerdem 400 Mk., Frau Dr. Lewins 600 Mk.

So wird aus der Revolution von den sozialistischen Führern ein Geschäft gemacht!

Was soll aus einem Staat werden, wenn solche Elemente zur Herrschaft gelangen?"

So ist es! Nur merkwürdig, daß gerade die Partei, die jetzt dieses Wahlflugblatt verbreitet, sowohl für die Nationalversammlung wie für die preußischen Landeswahlen jede Listenverbindung mit nichtsozialdemokratischen Parteien ablehnte und dadurch mittelbar die Macht der Sozialdemokratie fördern half! Aber so waren die deutschen Demokraten schon immer.

Oesterreichs Anschluß gebilligt

Genf, 10. Februar.

Während sich ursprünglich in Konferenzkreisen eine starke Opposition gegen den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an das Reich geltend machte, beginnt man jetzt den Zusammenschluß aller deutschen Gebiete als den gebotenen Ausgleich zu der Abtretung Elsaß-Lothringens und Posens zu betrachten. Einwendungen stehen von keiner Seite zu erwarten, da die italienischen Delegierten in vertraulichen Vorbesprechungen die Erklärung abgegeben haben, daß die italienische Regierung sich den Grundsätzen des Selbstbestimmungsrechts unterwerfe und den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an das Reich anerkannt werde, falls sich die Mehrheit der Bevölkerung dazu aussprechen sollte. Da Wilson und Lloyd George die Frage als eine rein deutsch-österreichische behandeln wollen, ist eine Mehrheit für die Vereinigung vorhanden, so daß Clemenceau, der zusammen mit den übrigen französischen Vertretern nach wie vor den Zusammenschluß bekämpft, überstimmt werden wird.

Der Kampf um die Kommandogewalt

Münster, 11. Februar.

Der General-Soldatenrat des 7. A.-K. hat eine Entschließung angenommen, deren Richtlinien u. a. sind: Die Kommandogewalt im 7. A.-K. liegt in den Händen des General-Soldatenrates. Einziehungen dürfen nicht mehr erfolgen, Waffen dürfen nur im Wach-, Sicherheits- und Begleitdienst getragen werden. Rangabzeichen sind sofort zu entfernen. Zur Ausführung der Verfügungen im Armeeverordnungsblatt ist jedesmal die Stellungnahme des Korps-Verordnungsblattes abzuwarten. Bildung von Freiwilligen-Bataillonen hat zu unterbleiben. An Stelle des stehenden Heeres ist eine auf sozialer Grundlage aufgestellte Volkswehr zu bilden. Der Kommandierende General des 7. A.-K. hat die Reichsregierung um militärischen Schutz gegen die Durchführung des Beschlusses des General-Soldatenrates gebeten. Dieser militärische Schutz ist am Sonntag in Münster eingetroffen. Das Generalkommando hat daraufhin heute den General-Soldatenrat aufgehoben. Die Neuwahl eines General-Soldatenrates ist in die Wege geleitet.

Kein Staatsbankrott in Aussicht

Weimar, 11. Februar.

Gegen die Behauptung einiger Zeitungen, er habe in der Sitzung des Staatenhauses zu Weimar den bevorstehenden Staatsbankrott angekündigt, läßt der preußische Finanzminister Dr. Südekum dem W.T.B. folgende Erklärung zugehen: Mein Erstaunen über die Tatsache, daß aus der vertraulichen Sitzung des Staatenhauses eine Aeußerung in die Oeffentlichkeit kommen konnte, wird noch von der Entrüstung über die Entstellung übertroffen, mit der man meine Worte wiedergab. Im Zusammenhang mit der Erörterung über die formale Ausgestaltung der Steuerveranlagung in Zukunft habe ich den Ausdruck gebraucht, daß die Steuerpflichtigen mit derselben Gewissenhaftigkeit wie ein insolvent gewordener Kaufmann, also Bankrotteur, den Stand ihres Vermögens und ihres Einkommens den Behörden darzulegen hätten, damit auf Grund ganz einwandfreier Unterlagen eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Lasten im ganzen Reiche vorgenommen werden könne. Aus dieser Aeußerung mit anderen Bemerkungen, die sich auf die schwierige Lage der Reichs- und Staatsfinanzen bezogen, ist unabsichtlich oder böswillig gemacht: ich hätte den Staats- oder Reichsbankrott angekündigt. Keines von beiden lag in meiner Absicht, noch hatte ich Anlaß dazu. Schon früher hat das preußische Finanzministerium die Finanzlage des Landes immer wahrheitsgemäß als sehr gespannt geschildert, aber auch der Ansicht Ausdruck gegeben, daß zu einer Beunruhigung kein Anlaß vorliege. Um so weniger, als wir hoffen dürfen, durch eine Vereinfachung der Besteuerungsmethoden und durch Erschließung neuer Steuerquellen die Ordnung in den Finanzen aufrecht zu erhalten, wenn wir erst einmal wieder zu normalen Preisen des Lebensbedarfs und damit auch zu normalen Lohn- und Gehaltsverhältnissen zurückgekehrt sein werden.

Das Alte kommt wieder

Bremen, 11. Februar.

Major Engelbrecht vom Infanterie-Regiment Nr. 75 ist zum Stadtkommandanten ernannt worden. Die bremische Kommandantur wird im Einverständnis mit der provisorischen Regierung eingerichtet. Der Kommandantur sind alle Garnisontruppen und sonstigen Garnisoneinrichtungen unterstellt.

*

Gescheiterte polnische Angriffe

Bromberg, 11. Februar.

An allen Teilen unseres Abschnittes herrschte rege Patrouillentätigkeit. Polnische Angriffe auf Josefinen- und Eisendorf wurden abgewiesen.

45 000 Gefangene in Rußland

Berlin, 11. Februar.

Wie wir hören, befinden sich insgesamt etwa 45000 deutsche Kriegs- und Zivilgefangene in Rußland, davon 40 000 in Sibirien, darunter 400 Offiziere und etwa 16 000 Soldaten, außerdem etwa 2500 Mann in Turkestan, 2000 bis 2500 in den Kosakenprovinzen und im Kaukasus. Alle übrigen sind aus Rußland zurückbefördert, soweit sie nicht in die Rote Garde und internationale Regimenter eingetreten sind. Bei letzteren handelt es sich um mehrere tausend Mann.

In Acht und Bann

Kopenhagen, 11. Februar.

Der Vertreter der Sowjetregierung in Dänemark, Dr. Surtz, hat mit dem gesamten Personal, etwa 20 Personen, auf Ersuchen der dänischen Regierung Dänemark verlassen und ist über Stockholm nach Rußland abgereist.

Kleine Nachrichten

Schutz unserer Toten! Im Anschluß an die Ueberreichung von Gräberlisten der französischen Heeresangehörigen richtete der deutsche Vorsitzende der Waffenstillstandskommission an die Alliierten die Bitte, alle deutschen Einzel- und Massengräber sowie alle deutschen Friedhöfe in Feindesland mit derselben Sorgfalt zu pflegen, wie dies für die Kriegergräber der alliierten Angehörigen von deutscher Seite geschehen ist.

Die Entente verproviantiert sich. Der Minister des Aeußern in Buenos Aires hat ein Abkommen unterzeichnet, nach dem England, Frankreich und Italien für den Ankauf von Getreide einen Kredit von 200 Millionen Goldpiastern eröffnet wird.

Leider betreit. Der verhaftete Spartakistenführer Dr. Levien ist auf Verfügung des Staatsanwaltes wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Kesselexplosion. Auf dem Mayrau-Schacht der Sächsischen Kohlen- und Kokswerke erfolgte gestern abend in Gottesberg bei Waldenburg in Schlesien aus bisher nicht aufgeklärter Ursache eine Kesselexplosion, der acht Menschenleben zum Opfer fielen. Unter den Getöteten befindet sich auch der diensttuende Maschinenheizer. Fünf der Getöteten sind verheiratet.

Raubmord in Bayern. In Sparendorf ist in der letzten Nacht der Gastwirt Frank mit seiner Frau von einem Bjährigen Burschen erschossen worden. Es liegt Raubmord vor. Der Täter ist entkommen.

Halle und Umgebung

Halle, 12 Februar

Der Verband Hallescher Hausfrauen-Vereine

hatte gestern abend nach den „Germaniasälen" zu einer Versammlung eingeladen, um eine Aussprache über die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen herbeizuführen. Herr Geheimrat Waentig leitete die Aussprache durch ein, wie er sagte, objektives Referat ein, in welchem er für die Aufstellung einer eigenen Liste der Frauenvereine eintrat und danach die Zersplitterung der deutschen Parteien bedauerte. Die Aufstellung einer besonderen Liste der Frauenvereine begründete Herr Geheimrat Waentig u. a. auch mit dem Hinweis darauf, daß es dem Bürgertum in Halle doch wohl nicht gelingen werde, eine sozialdemokratische Mehrheit zu verhindern. Es schade übrigens auch gar nicht, wenn eine sozialdemokratische Mehrheit zustande komme, denn dann müsse die Sozialdemokratie praktisch zeigen, was sie in der Kommunalpolitik (Sozialisierung usw.) zu leisten vermöge. Hiernach glaubte Herr Geheimrat Waentig ausdrücklich hervorheben zu sollen, daß es falsch wäre, wenn er etwa für einen derkappten Mehrheitssozialisten gehalten werden sollte. — In der Aussprache, an der sich Vertreter der Sozialdemokraten, der Demokratischen Partei und der Deutschnationalen Volkspartei beteiligten, kam übereinstimmend die Ansicht zum Ausdruck, daß die Kommunalwahlen in Halle sich nach Lage der Dinge im Rahmen der politischen Parteien vollziehen müßten und es nicht zweckmäßig wäre, wenn die Frauenvereine eine eigene Liste aufstellen würden. Die Mitglieder der Halle'schen Frauenvereine hätten vielmehr zwischen den bestehenden politischen Parteien zu wählen. Die Redner der bürgerlichen Parteien betonten aber übereinstimmend, daß unter allen Umständen eine sozialdemokratische Mehrheit im Stadtparlamente verhindert werden müsse. In diesem Punkte wurde von der Auffassung des Referenten in entschiedenster Weise abgerückt. Von seiten des Frauenvereins wurde zum Schluß noch mitgeteilt, daß die Halleschen Frauenvereine beschlossen hätten, von der Aufstellung einer eigenen Liste für die Stadtverordnetenwahlen abzusehen.

— **Gegen die Tanzlustbarkeiten.** Auf Veranlassung hiesigen Arbeiter- und Soldatenrates wird mit Wirkung vom Montag, den 10. Februar, ab die Veranstaltung öffentlicher Maskenbälle, Kappenkränzchen, Narrenabende, Hochzeitsfeste und ähnlicher Veranstaltungen, sowie der Verkauf von Abzeichen, Orden und sonstiger Scherzartikel in Gast- und Schankwirtschaften und sämtlichen Vereins- und Gesellschaftsräumen, in denen Speisen und Getränke verabreicht werden, verboten. Öffentliche Tanzvergnügen werden künftig den einzelnen Sozialinhabern monatlich nur noch vier genehmigt werden. Die Erlaubnis zur Veranstaltung von Tanzvergnügen erhalten nur noch die Wirtschaftsinhaber, Vereine und Gesellschaften nicht aber einzelne Personen. Die Anmeldungen sämtlicher Tanzlustbarkeiten, sowohl der öffentlichen wie der geschlossenen, sind rechtzeitig bei der Polizeiverwaltung zur Prüfung vorzulegen. Jede Tanzlustbarkeit, auch eine geschlossene, darf erst stattfinden, nachdem die Polizeiverwaltung ihre Zustimmung gegeben hat. Die Meldungen sind bei den zuständigen Polizeirevieren einzureichen.

Für den Arbeiter- und Soldatenrat. Die Polizeiverwaltung.

K. Reimand.

— **Hallesche Lehrerkammer.** In ihrer letzten Sitzung hat sich die Vertreterschaft der Halleschen Unterrichtsanstalten sich bisher als Hallesche Lehrerrat bezeichnete, fortan den Namen „Hallesche Lehrerkammer" anzunehmen. Zur Hauptaufgabe erblickt sie in der Vorbereitung und der Herbeiführung der Errichtung gesetzlich anerkannter Lehrerkammern. Es betrachtet sie als ihre Aufgabe die gemeinsamen Interessen der gesamten Lehrerschaft und der Unterrichtsanstalten Halles wahrzunehmen, die Behörden in der Förderung des Halleschen Schulwesens durch tatsächliche Mitteilungen, Anträge und Erstattung von Gutachten zu unterstützen, für die pädagogisch-wissenschaftliche Fortbildung der Lehrerschaft und den Ausbau des Volksschulwesens in Halle einzutreten, pädagogische, schulpolitische und berufsstatistische Fragen des Lehrerstandes zu erörtern und zu ihnen — mit Ausschaltung aller parteipolitischen Gesichtspunkte — Stellung zu nehmen. Der derzeitige Vorstand der Hallenser Lehrerkammer setzt sich zusammen aus den Herren Schulrat Eisenkolter (Universitätsprofessor), Krüger (Schulrat), H. Haefe (Mittelschulrektor), Thomas (Volksschulrektor).

Händel-Verein. Das dritte, am 18. Februar, abends 7½ Uhr, in der Aula der Universität stattfindende Konzert trägt den Charakter eines Hausmusikabends im 18. Jahrhundert und bringt deshalb nur Lieder-, Cembalo- und Klaviervorträge. Frau Wanda Landowska aus Berlin, die anerkannt erste lebende Cembalovirtuosin, wird auf einem rekonstruierten alten Instrument unter anderem eine Sonate von Scarlatti, Beethoven-Variationen von Händel und das Italienische Konzert von Bach spielen und auf einem modernen Flügel eine Mozarts a-moll-Sonate vortragen. Die Sängerin des Abends, Frau Rose Walter aus Berlin singt eine Reihe von Rokokoliedern von Telemann, Ph. E. Bach, Graun, Schulz, Reichardt, Zelter, Zumsteeg, Haydn, Mozart, zum Teil mit Cembalo-, zum Teil mit modernen Klavierbegleitung. — Eintrittskarten in der Hofmusikalienhandlung Reinhold Koch.

— **Das Panderkonzert am Freitag sei allgemeiner Beachtung empfohlen.**

Volkswirtschaft

Produktenbericht.

Berlin, 11. Februar. Im hiesigen Produktenverkehr bestand Sämereienmarkt in allgemeinen recht lebhafte Umsätze aufzuweisen, soweit Material vorhanden ist. Saatgetreide namentlich ist gesucht, doch nicht immer entsprechend angeboten. Für Speisekartoffeln ist der Verkehr seit gestern bis Mitte März weiterhin erlaubt und konnte sich in größerem Maße entwickeln. Gerste Medella hatte sehr feste Tendenz bei lebhaftem Verkehr. Die Rüben wurde nur mäßig verladen; wenn die Temperatur etwas wärmer geworden ist, so ist doch Rücksicht beim Transport auf am Platze. Der Mangel an Rauhfutter hält an. Die dringende Nachfrage des Handels kann nicht befriedigt werden. Weizenkrübe.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 11. Februar. Mangels Anregung bewegte sich das Geschäft an der Börse in recht engen Grenzen, und die Kursgestaltung war nicht einheitlich. Doch drückte die Mehrzahl der Kurse infolge der Geschäftsstille im Verlaufe leicht nach. Dies gilt sowohl von Schiffahrts- als auch von Montanaktien. Feste Haltung zeigten Köln-Rottweiler-, Rheinmetall-, Daimler- und Orientbahnaktien. Später war die Geschäftsstille so groß, daß nur hin und wieder Abschlüsse in einzelnen Papieren zustandekamen. Kriegsanleihen und heimische Anleihen behaupteten den gestrigen ermäßigten Stand. Oesterreichische und ungarische Renten waren im Kurse meist unverändert. Feste Haltung zeigten Chinesen, Argentinier und Mexikaner.

Berliner Kursberichte

Eisenbahn-Aktien:	
Halberstadt-Blankenb.	92,—
Halle-Hettstedter	77,50
Schantungbahn	109,75
Allg. Lokal-St.	140,—
Gr. Berl. Str.	129¾
Magdeburger Sir.-B.	177,—
Lux. Prinz Heinrich.-B.	160,—
Orientbahn	177,—
Schiffahrts-Akt.:	
Hambg. Paketfahrt	90,—
Hambg.-Südamerika	138,50
Ges.-Dampfschiff	186,—
Nordd. Lloyd	90,25
Banken:	
Bank für Thür.	—,—
Berl. Handelsges.	156,25
Comm u. Diskontobank	124,75
Darmstädter Bank	120,—
Deut. Landesbank	—,—
Deutsche Bank	210,25
Diskonto-Comm.	166,25
Dresdner Bank	145¼
Credit-Anst. Leipzig	150,50
Mitteld. Kreditbank	122,50
Nationalbank	—,—
Oesterr. Kredit	—,—
Reichsbank	131⅛
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	—,—
Akt. f. Anilin	238,50
Allgem. Elektr.-Ges.	173,—
Ammendorfer Papierf.	—,—
Anhalter Kohlenw.	182,50
Annaberger Steingut	177,50
Badische Anilin	237,75
Bergmann-Elekt.-Akt.	148,25
Berl. Maschinenbau	224,—
Bismarckhütte	201,—
Bochumer Gußstahl	191,75
Chem. Fabrik Buckau	214,—
Chem. Griesheim	231,—
Chem. v. Heyden	239,50
Consolidation Schalke	242,—
Cröllwitzer Papierfabr.	218,—
Daimler-Motoren	233,50
Deutsch-Luxemburg	121¼
Deutsche Uebersee-El.	137,—
Deutsche Erdöl	257,—
Deutsche Gasglühl.	325,—
Deutsche Kali	174,75
Deutsche Waff. u. Mun.	189,—
Donnersmarkhütte	245,—
Döring u. Lehrmann	86,—
Dürkoppwerke	344,50
Elberfelder Farben	259,75

Felten u. Guilleaume	[illegible]
Gasmotoren Deutz	[illegible]
Gebhardt u. Co.	[illegible]
Gelsenkirch. Bergb.	[illegible]
Glanzstoff Zuckerfbr.	[illegible]
Hallesche Masch.-Fabr.	[illegible]
Hann. Masch.	[illegible]
Harpener Berg	[illegible]
Hasper Eisen	[illegible]
Hirsch Kupfer	[illegible]
Höchster Farbw.	[illegible]
Hoesch Eisen u. Stahl	[illegible]
Hohenlohe-Werke	[illegible]
Humboldt-Masch.	[illegible]
Ilse-Bergbau	[illegible]
Kahla-Porzellan	[illegible]
Kalkw. Aschersleben	[illegible]
Körbisd. Zucker-Akt.	[illegible]
Kyffhäuserhütte	[illegible]
Lahmeyer u. Co.	[illegible]
Lauchhammer	[illegible]
Laurahütte	[illegible]
Linke u Hofmann	[illegible]
Ludwig Löwe u. Co.	[illegible]
Lothringer Hütte	[illegible]
Mannesmannröhren	[illegible]
Oberschl. Eisenb.-Bed.	[illegible]
do. Caro Heg.	[illegible]
do. Koksw erke	[illegible]
Orenstein u Koppel	[illegible]
Phönix-Bergb.	[illegible]
Rhein. Metall-Vorz.	[illegible]
Rhein Stahlwerk	[illegible]
Riebeck. Montan	[illegible]
Rombacher Hütten	[illegible]
Rositzer Braunk.	[illegible]
Rositzer Zucker	[illegible]
Sangerhäuser Masch.	[illegible]
Hugo Schneider u. Co.	[illegible]
Schubert u. Co.	[illegible]
Siemens u. Halske	[illegible]
Stettiner Vulkan	[illegible]
Stollberger Zinkh.	[illegible]
Strahl. Spielkarten	[illegible]
Thale-Eisenhütte	[illegible]
Triptis-Akt.-Ges.	[illegible]
Türkische Tabakregie	[illegible]
Ver. Köln-Rottweiler	[illegible]
Glanzstoff Elberf.	[illegible]
Wegelin u. Hübner	[illegible]
Wersch.-Weissenf. Brk.	[illegible]
Westeregeln-Alkali	[illegible]
Wittener Gußstahl	[illegible]
Wrede-Mälzerei	[illegible]
Zelch.-Kriebitsch. Brk.	[illegible]
Zeitzer Masch.	[illegible]
Zellstoff Waldhof	[illegible]
Otavi-Minen	[illegible]

Verantwortlich: Helmut Böttcher.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191902121-19/fragment/page=0002